

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Oktober 2015

Betriebshofwerkstatt

hauptstadt magazin

Neue Herausforderungen
für den öffentlichen Dienst



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Flüchtlingsdrama, das sich an den europäischen Grenzen abspielt, überlagert zurzeit das gesamte politische Alltagsgeschäft und wird das auch in absehbarer Zukunft noch tun.

Der dbb berlin hat sich klar positioniert und insbesondere keinen Zweifel daran gelassen, dass die verzweifelten Menschen, die vor Krieg, Hunger und Verfolgung aus den Krisengebieten fliehen, unsere Hilfe und Unterstützung brauchen.

Mit an vorderster Front wird bei der Flüchtlingshilfe der öffentliche Dienst stehen, und er wird einmal mehr alles Menschenmögliche geben, die Aufnahme und Integration der Verfolgten möglichst zügig und effizient zu gestalten.

Umso bedauerlicher, dass diese enorme zusätzliche Herausforderung in Berlin auf einen infolge langjähriger rigider Sparpolitik ausgebluteten öffentlichen Dienst trifft. Für ein tragfähiges Gesamtkonzept, das eine aufgabengerechte Personalausstattung sicherstellt, ist es eigentlich schon „kurz nach zwölf“. Insofern erwartet der dbb berlin jetzt unverzüglich eine sachgerechte und verlässliche Personalentwicklung. Auf jeden Fall wird die Berliner Politik trotz erster Beschlüsse zur Personalverstärkung den Bürgern erklären müssen, warum es bei der Bearbeitung ihrer Anliegen Einschränkungen geben wird.

Wie unentbehrlich ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst ist, stellt tagtäglich auch die BSR unter Beweis, deren Arbeit und natürlich auch die der dazugehörigen Betriebsgruppe der gkl berlin in dieser Ausgabe des hauptstadt magazins vorgestellt wird.

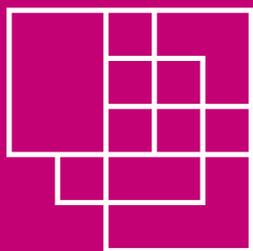
Weitere Themen sind die Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts zur Stufenzuordnung, eine Rhetorikschulung für unsere Funktionsträger und – leider einmal mehr – die Gewalt in Berliner Vollzugsanstalten.

Wer schließlich wissen will, was es mit der neuen Internetadresse des dbb berlin auf sich hat, kann dies in einem Beitrag über geografische Domain-Endungen nachlesen.

Im Namen des dbb berlin möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihren zusätzlichen Einsatz aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation bedanken.

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin



dbb beamtenbund und tarifunion berlin

dbb Landesvorstand

Menschen brauchen Hilfe

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht: Krieg, politische, ethnische oder religiöse Verfolgung, Naturkatastrophen oder Hunger sind ihre Gründe, ihr bisheriges Leben hinter sich zu lassen und Strapazen und Gefahren auf sich zu nehmen, um in einem anderen Land eine sichere Zukunft zu suchen.

Die politische Destabilisierung ganzer Regionen entwickelt sich zu einer massiven Belastungsprobe für Europa. Die damit verbundenen menschlichen Tragödien können die europäische Wertegemeinschaft nicht unberührt lassen. Die Flüchtlingsströme sind eine große Herausforderung für Europa, für Deutschland und auch für Berlin, die nur gemeinsam gemeistert werden kann. Der Landesvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) hat am 15. September 2015 dazu folgende Resolution verabschiedet:

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin erwartet, dass auf die Probleme, die die Flüchtlingshilfe für Berlin aufwirft, schnell und auch unbürokratisch reagiert wird.

Der öffentliche Dienst mit seinen Beschäftigten wird hierbei eine maßgebliche Rolle spielen müssen. Der Senat hat mit entsprechenden Senatsbeschlüssen bereits Wege zum Einsatz von Personal des Landes Berlin verabschiedet – leider ohne diese in allen Verwaltungen offensiv und zeitnah zu kommunizieren. Auch Personalvertretungen sind teilweise nicht beteiligt oder auch nur informiert worden. Der dbb berlin kritisiert die damit vertane Chance, die Personalvertretungen zeitnah in die Lösung der Gesamtsituation miteinzubeziehen. Umso schneller müssen die großen Herausforderungen jetzt angepackt werden.

Das setzt voraus:

1. Die Dienststellen, die im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung tätig werden müssen, benötigen neben zusätzlicher personeller Unterstützung auch zusätzliche Sachmittel, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Darüber hinaus muss die Politik unverzüglich Verfahrensabläufe vereinfachen und tradierte Standards überprüfen. Auch der dbb berlin wird sich dabei mit dem Sachverstand seiner Mitglieder einbringen und fordert den Senat auf, in einen entsprechenden Dialog einzutreten.
2. Wie in der Vergangenheit stellt der öffentliche Dienst bereits jetzt seine Leistungsfähigkeit unter Beweis. Insbesondere beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), bei der Polizei, in Kitas und Schulen, Job-Centern, beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten usw. setzen sich die Kolleginnen und Kollegen angesichts der tagtäglich steigenden Flüchtlingszahlen bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit ein und leisten eine großartige und hoch motivierte Arbeit. Hierbei dürfen sie aber nicht alleingelassen werden.
3. Angesichts dieser Herausforderungen wird deutlich, was der dbb berlin in den letzten Jahren unermüdlich kritisiert hat, nämlich die Grenze der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes durch

einen seit Jahren herbeigeführten Personalmangel. Wir fordern die Politik auf, endlich Prioritäten zu setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung zu sorgen. Erste Entscheidungen des Senats zur Personalverstärkung sind ausdrücklich zu begrüßen, kommen aber zu spät und lassen ein dringend erforderliches und dauerhaft tragfähiges Gesamtkonzept vermissen.

Aus der Sicht des dbb berlin ist richtig, dass Mitarbeiter/-innen zur Unterstützung der Flüchtlingsbetreuung abgeordnet werden. Der dbb erwartet allerdings von der Politik eine klare Ansage an die Bürger, dass dieses Personal für seine eigentlichen Aufgaben nicht mehr zur Verfügung steht und es zu Einschränkungen bei den Dienstleistungen kommen wird.

Ebenso sind Angebote richtig, pensionierte Beamte ausschließlich auf freiwilliger Basis für eine begrenzte Zeit für bestimmte Aufgaben zu reaktivieren. Erwartet wird allerdings für diese Ausnahmesituation eine entsprechende Flexibilisierung des Beamtenrechts, um deren Leistung mit

angemessenem Dank und Anerkennung – auch materiell – honorieren zu können.

Ferner fordert der dbb berlin den Senat auf, Zulaufe für Kräfte, die im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung abgeordnet werden, auch auf die Stammkräfte des LAGeSo auszuweiten. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LAGeSo leisten in dieser Sondersituation großartige und hoch motivierte Arbeit weit über den üblichen Rahmen hinaus.

Ganz besonderen Wert legt der dbb berlin auf verlässliche Zusagen der Politik.

Der dbb berlin tritt ein für Toleranz und Achtung der Menschenwürde eines jeden, der nach Berlin kommt und vorübergehend oder auf Dauer unserer Hilfe und unseres Schutzes bedarf.

Der dbb berlin dankt allen Kolleginnen und Kollegen für einen vorbildlichen Einsatz und zollt ihnen dafür die mehr als verdiente Anerkennung. ■

Stellungnahmen, Seminare, Veranstaltungen



Stellvertretende Landesvorsitzende Ferdinand Horbat und Bernd Raue, Landesvorsitzender Frank Becker und stellvertretender Landesvorsitzender Bodo Pflanzgraf (von links)

Über ihre mittlerweile auch der Berliner Politik übermittelten Resolution zur Flüchtlingsproblematik hinaus hat sich die Landesvorstandssitzung am 15. September 2015 auch mit aktuellen gewerkschaftspolitischen Fragen befasst.

dbb Landeschef Frank Becker informierte das Gremium über nicht weniger als zehn Stellungnahmen, die der dbb berlin in jüngster Zeit zu aktuel-

len beamtenpolitischen Verordnungsentwürfen abgegeben hat. Insbesondere betreffen die Neuregelungen Ausbildungs- und Laufbahnfragen. Außerdem wurde die Seminar- und Veranstaltungsplanung erörtert.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Bernd Raue informierte darüber hinaus ausführlich über aktuelle tarifrechtliche Angelegenheiten. ■

Arbeitsgericht kippt Stufenzuordnung

Das Arbeitsgericht Berlin hat in einem Urteil vom 18. März 2015 – Az.: 60 Ca 4638/14 – entschieden, dass die unterschiedliche Berücksichtigung einschlägiger Berufserfahrung im TV-L nicht mit der europarechtlich gewährleisteten Freizügigkeit vereinbar ist. Nach § 16 Abs. 2 TV-L ist es für die Stufenzuordnung bei der Einstellung mitentscheidend, ob Zeiten der Berufserfahrung bei demselben oder bei anderen Arbeitgebern abgeleistet wurden.

Das Berliner Arbeitsgericht knüpft mit seinem Urteil an eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 5. Dezember 2013 – Az.: C 514/12 – an, wonach der Grundsatz der Freizügigkeit sowie der Grundsatz der Gleichbehandlung derartigen nationalen Regelungen entgegenstehen. Nach Ansicht des EuGH beinhaltet die unterschiedliche Bewertung von Beschäftigungserfahrungen eine mittelbare Diskriminierung aller sogenannten „Wanderarbeiter“, aber auch der Beschäftigten, die von einer Wahrnehmung ihres Rechts auf Freizügigkeit abgehalten werden.

Die Maßgaben des EuGH gelten auch für die Tarifregelungen des öffentlichen Dienstes.

Wie das Berliner Arbeitsgericht bekräftigte, darf eine Anrechnung von Dienstzeiten aus vorherigen Arbeitsverhältnissen nicht abhängig davon bewertet werden, ob diese bei einer Landeseinrichtung oder einem sonstigen Arbeitgeber erbracht worden sind.

Der Umstand, dass § 16 Abs. 2 TV-L nicht auf Dienstzeiten, sondern auf einschlägige Berufserfahrung abstelle, sei in diesem Falle unerheblich.

TV-L Regelungen betroffen

Konkret von der mittelbaren Diskriminierung betroffen sind alle Beschäftigten im Bereich des TV-L und im Bereich des TVöD Bund die Entgeltgruppen 9 bis 15. Nicht betroffen ist dagegen der TVöD VKA, der keine entsprechende Regelung enthält.

Beschäftigte der Länder, bei denen die einschlägige Berufserfahrung bei anderen Arbeitgebern erworben und deshalb nicht vollständig bei der Stufenzuordnung berücksichtigt worden ist, sind nach dem Urteil jetzt so zu stellen, als ob die unberücksichtigten Zeiten voll angerechnet worden wären. Das gilt für die Stufenzuordnung ebenso wie für die Gewährung des Krankengeldzuschusses (§ 22 Abs. 3 TV-L).

Etwas rückwirkende Zahlungsansprüche unterliegen allerdings der sechsmonatigen Ausschlussfrist des § 37 TV-L.

dbb berlin bestätigt

Die vorliegende Entscheidung ist zu begrüßen und bestätigt die Auffassung des dbb berlin, wonach die vom EuGH angelegten Maßstäbe auch auf die in Deutschland geltenden Tarifregelungen des öffentlichen Dienstes anzuwenden sind. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und ist daher zunächst als ein Etappensieg zu betrachten.

Betroffene Beschäftigte sollten zur Vermeidung von Rechtsverlusten einen entsprechenden Antrag (Download unter www.dbb.berlin) bei ihrem Arbeitgeber einreichen. ■



Wolfgang Schyrocki (links) und Frank Becker im angeregten Gespräch.

Matthias Hennig

Sommerfest bei der Verwaltungsakademie Berlin

Auch der dbb beamtenbund und tarifunion berlin war am 2. September 2015 beim Sommerfest, das traditionell für die Lehrkräfte der Verwaltungsakademie (VAK) durchgeführt wird, vertreten.

Landeschef Frank Becker führte zahlreiche Gespräche mit geladenen Gästen und konnte insbesondere den Direktor der VAK, Wolfgang Schyrocki, für eine kurze Vorstellung der Akademie in einer der nächsten Gremiensitzungen des dbb berlin gewinnen. ■

Sommer(alb)traum in Berliner Gefängnissen

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland (BSBD) Landesverband Berlin warnt nach den beiden Meutereien in den Justizvollzugsanstalten Tegel und Heidering vor eskalierender Gewalt im Berliner Strafvollzug. Die Gewaltbereitschaft unter den Gefangenen sei deutlich gestiegen. Durch die vorhersehbaren personellen Engpässe in den kommenden Jahren steige das Risiko gewalttätiger Übergriffe weiter, wenn nicht endlich umfangreiche Maßnahmen getroffen werden, um für mehr Sicherheit in den Anstalten zu sorgen.

Bei den Beratungen über den Doppelhaushalt 2016/2017 erwartet der BSBD Berlin endlich grünes Licht für die Installation sogenannter Handyblocker, für Sicherheitsausstattungen für die Bediensteten, für die Wiedereinführung des Dienstsports und anderer Präventivmaßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit. Außerdem fordert der BSBD Berlin intensive Fortbildungen über den Umgang mit Stresssituationen und mit konfliktbereiten Inhaftierten sowie ein klares Personalkonzept, das altersbedingte Abgänge und Urlaubszeiten abdeckt.

Belastungsgrenze erreicht

Die physische und psychische Belastungsgrenze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist nach Erkenntnissen des BSBD erreicht. Eine Konsequenz sei schon jetzt ein auffallend hoher Krankenstand, der ohne ein wirksames Gegensteuern nicht abgebaut werden könne.

Die Bediensteten in fast allen Bereichen des Berliner Justizvollzugs fühlten sich von den Verantwortlichen im Stich gelassen. Der brutale Übergriff auf die Bediensteten in der JVA Plötzensee habe den Eindruck der Hilflosigkeit noch verstärkt. Denn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug sähen sich zunehmend körperlichen Bedrohungen und massiven Verbalattacken ausgesetzt. Sie würden bespuckt, angerempelt, mit „weiteren Aktionen“ und sogar Mord bedroht. Nur durch das professionelle Handeln und das Fingerspitzengefühl der Bediensteten sei bislang nicht noch Schlimmeres im diesjährigen Sommer(alb)traum des Berliner Justizvollzugs passiert. ■



BBBank

Exklusiver Abend am 26. November 2015

Die BBBank lädt am 26. November 2015 wieder zu einem „exklusiven Abend“ für den öffentlichen Dienst ein, dieses Mal in die Orangerie Charlottenburg. Die Veranstaltung steht unter dem Thema „Der öffentliche Dienst von morgen“.

Als Referent konnte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, gewonnen werden.

Die Schlagworte Mobilität, Digitalisierung, Demografie und ihre Bedeutung im Arbeitsalltag werden im Mittelpunkt seines Vortrags stehen. Wo kann hier der öffentliche Dienst punkten? Wo eine Vorreiterrolle einnehmen? Wie sieht Karriere aus? Wo liegen die Chancen für jeden einzelnen?

Ausklingen wird die Veranstaltung wie gewohnt mit Gesprächen, Getränken und Büfett.

Der exklusive Abend beginnt um 19 Uhr, Einlass ist um 18.30 Uhr.

Interessenten müssen lediglich ein Anmeldeformular ausfüllen unter: www.bbbank.de/anmeldung-oed und erhalten ihre kostenfreie Eintrittskarte innerhalb von zwei Wochen. ■

„Kontaktfeuer“ am Wannsee

Alljährlich lädt die Berliner Feuerwehr in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Betrieblicher Brandschutz e.V. zum Kontaktfeuer auf das Gelände der Feuerwache Wannsee und des Deutschen Unterwasserclubs am Kronprinzessinnenweg 20 in Berlin-Wannsee ein.

Schon seit 1976 werden bei diesem sommerlichen Gartenfest mit Unterhaltung, Spielen, speziellen Einsatzvorführungen und Musik zwanglos Kontakte geknüpft und vertieft.

Angehörige der Berliner Feuerwehr treffen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Senatsdienststellen, Firmen, Rundfunk, Fernsehen und Presse und natürlich auf Vertreterinnen und Vertreter des dbb berlin und seiner Mitglieds-gewerkschaften. ■



Kontakt erfolgreich vertieft: Frank Becker (Vorsitzender dbb berlin) und Andreas Statzkowski (Staatssekretär Senatsverwaltung für Inneres und Sport)

dbb berlin schult Funktionsträger

Rhetorik für den Alltagsgebrauch

Redekunst und Redetechnik sind gerade für Personalvertreter unverzichtbare Instrumente, um ihre Positionen, Absichten und Handlungen unmissverständlich klarzustellen.

In zwei erfolgreichen Seminaren hat der dbb berlin deshalb Anfang September seinen Personal- und Betriebsräten eine Einführung in die Kunst der Rhetorik angeboten. Wegen der großen Nachfrage und der positiven Resonanz der Teilnehmer in diesem Jahr, plant der dbb berlin bereits jetzt eine gleichartige Veranstaltung sowie ein Folgeseminar für den diesjährigen Teilnehmerkreis in 2016.

„Die Darstellung der eigenen Vortragsweise ist ein ganz individuelles Charakteristikum, das den Menschen ‚ausmacht‘, ihn also ganz speziell kennzeichnet.“ Mit diesen Worten zerstreute Kommunikationstrainer Wolfgang Libera gleich zu Beginn der Schulungen etwaige Hemmungen und unterschwellige Ängste der Teilnehmer. Praktisch geübt wurde nicht nur das wichtige „erste Auftreten“. Auch die Präsentation eines anderen Kursteilnehmers und Vorträge über mehrere frei gewählte Themen, mit und ohne kritische Zuhörer und Störpotenzial, standen auf dem Programm. Im Interesse eines hohen Lerneffekts konnten sich die Seminarteilnehmer dank Ton- und Kameraaufzeichnungen selbst beobachten und anschließend den eigenen „Auftritt“ bewerten.



Der Rhetorikkreis mit dem Trainer Wolfgang Libera von der dbb akademie und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Bernd Raue.

Bei den Einzelwertungen des Trainers fanden alle individuellen persönlichen Aspekte Berücksichtigung. Bewusste und unbewusste Fähigkeiten der Vortragenden wurden aufgezeigt und Verbesserungstipps gegeben.

Dagegen kamen kritische Hinweise auf falsches Verhalten und Darstellungsfehler eher selten und nur dann vor, wenn sie eine Präsentation ungünstig beeinflussten. Grundsätzlich vertrat der Trainer die Auffassung, dass vermeintliche Nachteile im Auftreten vielfach positive Reflektionen beim Auditorium auslösen, weil sie das Individuum des Redners erkennen lassen. ■

GdS Berlin

Frauenpower in der neuen Landesjugendleitung

Frauenpower kennzeichnet die neue Leitung der GdS-Jugend Berlin.



Juliane Griebisch, Vanessa Westphal, Madlen Berndt

Bei dem Jugendgewerkschaftstag des Landesverbandes am 20. August 2015 wurden mit der neuen Landesjugendleiterin Juliane Griebisch (DRV Bund), ihrer ersten Stellvertreterin Vanessa Westphal (AOK Nordost) und der zweiten Stellvertreterin Madlen Berndt (DRV Bund) ausschließlich Frauen in das Führungsgremium gewählt. Nach der Wahl bedankte sich das neue Terzett an der Spitze der GdS-Jugend Berlin ganz besonders bei seinen Amtsvorgängern Falco

Naujoks (DRV Bund), Benjamin Zwerg (AOK Nordost) und Tina Bock (DRV Bund) für ihre hervorragende Arbeit in der Landesjugendleitung: „Vielen Dank für fünf Jahre mit tollen Veranstaltungen und Aktionen für die GdS in Berlin.“

Niedergeschlagen hat sich das hervorragende Engagement der Landesleitung in der zurückliegenden Amtszeit insbesondere auch in den Mitgliederzahlen. Laut Geschäftsbericht wurde innerhalb der letzten fünf Jahre ein Zuwachs von 19 Prozent registriert. Um künftig berufliche und persönliche Veränderungen im Leben der Amtsinhaber besser berücksichtigen zu können, wird es allerdings keine fünfjährigen Amtsperioden bei der GdS-Jugend mehr geben. Die Delegierten votierten im Sinne von mehr Flexibilität für die Herabsetzung der Amtszeit der Landesjugendleitung auf 2,5 Jahre. Gast der Veranstaltung, die in der Geschäftsstelle des dbb berlin stattfand, war die GdS-Landesvorsitzende Andrea Rutz-Lorenz, die in einer Ansprache die besondere Bedeutung des Ehrenamtes hervorhob. ■

Alles neu macht der SEPTEMBER

Zum meteorologischen Herbstanfang am 1. September hat die DSTG-Jugend Berlin die 150 neuen Steueranwärterinnen und Steueranwärter in der Berliner Finanzverwaltung begrüßt.

Die neuen Kolleginnen und Kollegen nehmen ihre zweijährige Ausbildung zur Finanzwirtin beziehungsweise zum Finanzwirt in einem Berliner Finanzamt und in der Finanzschule des Landes Brandenburg in Königs Wusterhausen auf.

In einer Feierstunde wurden sie zu Beamten auf Widerruf ernannt. Sie sollen nach ihrer Ausbildung – wie der diesjährige Abschlussjahrgang auch – wei-

testgehend übernommen werden und die Berliner Steuerverwaltung verstärken, um die Einnahmen der Stadt zu sichern. Um allerdings tatsächlich dem demografischen Wandel und den neuen Aufgaben der „wachsenden Stadt“ Rechnung zu tragen, hatte die Anwärterzahl auf 200 erhöht werden müssen. Am Rande der Ernennungsveranstaltung hat die DSTG-Jugend Berlin die neuen Kolleginnen und Kollegen mit nützlichen Infos rund um ihre Ausbildung versorgt und ihre gewerkschaftliche Arbeit vorgestellt. ■



Christoph Opitz (Landesjugendvorsitzender DSTG Berlin), Andreas Döll (Bezirksgruppe Friedrichshain Kreuzberg), Annemarie Fürstenau (stellv. Landesjugendvorsitzende), Martina Riedl (Bezirksgruppe Finanzamt für Fahndung und Strafsachen), Carsten Mielke (Bezirksgruppe Finanzamt für Körperschaften I) (von links)

gkl berlin fordert Anreizsysteme

Die gkl berlin hat vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen Anreizsysteme für das Personal im öffentlichen Dienst gefordert.

Bei einer Klausurtagung am 10. und 11. September erklärte sich der gkl Landesvorstand ausdrücklich mit den überproportional belasteten Beschäftigten im LAGeSo Berlin und des LABO Berlin solidarisch. Dieselbe Anerkennung müsse aber auch den Beschäftigten zuteil werden, die die Arbeit derer mitübernehmen, die jetzt zusätzlich im LAGeSo Berlin, im SenGesSoz und im LABO tätig sind.

„Wir werden noch über einen langen Zeitraum hohe Belastungen haben“, stellte die Landesvorsitzende der gkl berlin, Cornelia Stemmler, fest. „Daher sind nicht nur Entscheidungen der Regierung über zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten notwendig, sondern auch Anreizsysteme zu schaffen, damit das notwendige Personal für die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben in der wachsenden Stadt Berlin bereitsteht und weiterhin hochwertige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen kann.“

Die gkl berlin werde sich gemeinsam mit dem dbb berlin weiterhin dafür einsetzen, dass Berlin auch für



Der Landesvorstand der gkl berlin

Beamtinnen und Beamte attraktiv wird, versicherte Stemmler.

Bei der Klausurtagung in Erkner wurden außerdem erste Vorbereitungen für den nächsten Gewerkschaftstag am 25. Mai 2016 getroffen. Schließlich befasste sich das Gremium ausführlich mit den Themen „Das kleine 1x1 des Streiks“ sowie „Das kleine 1x1 der Öffentlichkeitsarbeit“. ■

GdS Berlin

Andrea Rutz-Lorenz wiedergewählt

Die Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Berlin, Andrea Rutz-Lorenz, ist vom Landesgewerkschaftstag ihrer Organisation am 10. September 2015 mit großer Mehrheit im Amt bestätigt worden. Auch ihr Stellvertreter Frank Mathiske wurde wiedergewählt.



Gruppenfoto nach der Wahl

Ebenfalls als stellvertretende Landesvorsitzende gehören dem neuen Landesvorstand Silvia Delin, Mario Golz und Dan Stargard an.

In ihren Vorstandsämtern bestätigt wurden Kassierer Roland Greinke, Schriftführerin Nina Olischläger, Gleichstellungsbeauftragte Viola Feige und Florian Birkholz als Beisitzer. Neu als Beisitzer in das Gremium gewählt wurde Falco Naujoks.

Gäste der Veranstaltung waren unter anderem der Bezirksbürgermeister von Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinhard Naumann, der Berliner dbb Chef Frank Becker, der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner sowie Repräsentanten der verschiedenen Sozialversicherungsträger, die in ihren informativen Grußworten auch die Herausforderungen und Auswirkungen der Flüchtlingswelle auf die verschiedenen Sozialversicherungsbereiche skizzierten. ■



Matthias Hennig (4)

Olaf Schrödter (gkl berlin),
Ronald Backhaus (gkl berlin),
Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin),
Thomas Mührmeister (Betriebsgruppen-
vorsitzender der gkl berlin bei der BSR)
Dieter Langenhahn (gkl berlin)
(von links)

Mehr für Berlin

Berlin ist eine Stadt im stetigen Wandel. Eine Stadt, die sich täglich neu erfindet und für dreieinhalb Millionen Menschen mehr ist als ein Ort zum Leben und Arbeiten. Eine Stadt, die mit Brandenburger Tor, Alexanderplatz oder Ku'damm weit über ihre Grenzen hinaus ausstrahlt und inzwischen als eine der spannendsten Metropolen der Welt gilt.

Das ist viel. Und doch ist Berlin noch viel mehr: Berlin – das sind zwölf Bezirke auf einer Fläche von 890 Quadratkilometern, durch die sich fast 5.200 Kilometer Straße schlängeln. Die Berliner Stadtreinigung ist auf diesen Straßen und in diesen Bezirken zu Hause und sorgt rund um die Uhr dafür, dass sich die Hauptstadt proper präsentieren kann. Gestern, heute und morgen.

„Orange“ nicht wegzudenken

Ob Mitte, Hohenschönhausen oder Zehlendorf, Lichtenberg oder Charlottenburg – das Orange der BSR ist aus dem Stadtbild Berlins ebenso wenig wegzudenken wie die Spree, der Gendarmenmarkt oder der Große Tiergarten. Berlins über Jahrzehnte gewachsene Bezirke und Kieze



kennen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie ihre Westentasche. Die unzähligen Geschichten, die sie erzählen, schreibt das Unternehmen seit mehr als 130 Jahren mit.

Oft handeln diese Geschichten vom Wandel. Und so, wie die Stadt sich ständig wandelt, entwickelt sich auch die BSR stetig weiter. Ihr Kerngeschäft bleiben Straßenreinigung und Winterdienst sowie die umweltfreundliche Sammlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen. Dieses Geschäft treibt die BSR mit viel Engagement und einer klaren Strategie voran. Die Strategie ist geprägt vom Gedanken der Nachhaltigkeit und beinhaltet die hohe Qualität der Dienstleistungen ebenso wie niedrige Gebühren und ein hohes Maß an ökologischer und sozialer Verantwortung. Darüber hinaus bietet das kommunale Un-

„Saturday Night Feger“ und dbb Landeschef Frank Becker.



Informations- besuch bei der BSR

**dbb Landesbundschaftsleiter
Frank Becker: Die
gkl Betriebsgruppe leistet beeindruckende Arbeit!**

Stark beeindruckt zeigte sich dbb Landeschef Frank Becker von der engagierten Arbeit der gkl Betriebsgruppe BSR bei einem Besuch auf dem BSR Stützpunkt VR 23 in der Forckenbeckstraße am 2. September 2015. Zugleich bot das Treffen vor Ort interessante Einblicke in das breite Aufgabenspektrum der BSR, die am Standort Forckenbeckstraße gleich mit drei Bereichen, nämlich Straßenreinigung, Müllabfuhr und Hauptwerkstatt, vertreten ist.

In Gesprächen mit dem Betriebsgruppenvorsitzenden Thomas Mührmeister, den Mitgliedern des Fachbereiches, Ronald Backhaus und Dieter Langenhahn, und weiteren Kollegen wurde insbesondere deutlich, dass die Kollegen der gkl Betriebsgruppe geschätzte und kompetente Ansprechpartner der Belegschaft sind. „Ich freue mich, engagierte Mitglieder der gkl Berlin bei der BSR zu wissen, die sich unabhängig von der Gewerkschaftszugehörigkeit – so wie es sein muss – in den Personalräten für die Belange aller Beschäftigten einsetzen“, würdigte Becker die Arbeit der Kollegen. Bei der BSR, bei der sich Kolleginnen und Kollegen für unterschiedliche Gewerkschaften entscheiden können, werde Gewerkschaftspluralismus zugunsten der Beschäftigten konstruktiv gelebt. Für die gkl Betriebsgruppe zahle sich diese sachorientierte Gewerkschaftsarbeit nicht zuletzt durch steigende Mitgliederzahlen aus.

Alle Beteiligten werteten den Besuch als „runde Sache“. Übereinstimmung herrschte insbesondere auch darüber, dass dies nicht der letzte Termin gewesen sein sollte. ■



Thomas Mührmeister (links)
und Frank Becker

sel. Die Hälfte der Müllsammelflotte der BSR fährt so klimaneutral, leiser und ohne Dieselruß.

Mit maßgeschneiderten Lösungen hilft die BSR auch ihren Kunden – bei der Optimierung der Entsorgung ebenso wie bei der Verbesserung von Arbeitsprozessen. Davon zeugen die neuen Unterflursysteme zur Müllentsorgung und das Angebot zum elektronischen Rechnungsaustausch.

Nährboden für innovative Ideen

Zudem bereitet das Unternehmen innovativen Ideen einen Nährboden und baut so das eigene Know-how stetig aus, gemeinsam mit Hochschulen, externen Experten und der eigenen Belegschaft. So wird eine Kultur gefördert, die den fachlichen Austausch innerhalb des Betriebs und über die Werkstore hinaus vorantreibt.

Auch in der Rolle als einer der größten Arbeitgeber in der Stadt geht das Unternehmen mit gutem Beispiel voran. Tarifliche Entlohnung ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Mit Gesundheitsförderung, Arbeitsschutz, Ausbildung über Bedarf, Frauenförderung, der Zertifizierung als familienfreundliches Unternehmen, der bereits mehrfach ausgezeichneten Integration von Leistungsgeminderten Beschäftigten und vielem anderen mehr wird soziale Verantwortung gelebt. Und die hört bei der eigenen Belegschaft nicht auf, sondern umfasst insbesondere auch Projekte für Kinder und Jugendliche in der Stadt. Als Auftraggeber sichert die BSR zudem Arbeitsplätze auch in anderen, vor allem auch klein- und mittelständischen Unternehmen in Berlin und der Region.

All das hat ein Ziel: weiterhin einen Mehrwert für Berlin zu leisten – wirtschaftlich, ökologisch, sozial. ■

ternehmen den Berlinerinnen und Berlinern aber noch viel mehr.

BSR bietet mehr

So ist die BSR mit ihren 5.300 Beschäftigten sowohl den Gästen der Stadt als auch den Bürgerinnen und Bürgern ein verlässlicher Partner und handelt zu ihrem Besten. Mit der Modernisierung des Müllheizkraftwerks Ruhleben hat die BSR nicht nur dessen Effizienz gesteigert, sondern dazu beigetragen, auch in Zukunft niedrige und stetige Müllgebühren zu gewährleisten.

Die BSR setzt sich für die Umwelt, das Klima und mehr Nachhaltigkeit ein. Davon zeugt unter anderem die neue Vergärungsanlage für Bioabfälle in Spandau.

Der dort aus organischen Abfällen produzierte Biokraftstoff ersetzt jedes Jahr 2,5 Millionen Liter Die-

BSR





Neue geografische Domain-Endungen

.berlin, .koeln & Co

Ohne Domains wäre die Kommunikation und Navigation für Menschen im Internet kaum zu bewältigen. Denn jeder Computer hat im Internet eine eigene, einmalige Nummer, ähnlich wie eine Telefonnummer.

Diese sogenannten IP-Adressen bestehen aber aus einer wilden Kombination von Zahlen und Buchstaben und sind dementsprechend für Menschen nur schwer zu merken. Das globale Domain-Namenssystem erleichtert die Nutzung des Internets ganz erheblich, weil es leicht merkbare Domains – anstelle der kryptischen IP-Adressen – zur Verfügung stellt. So kann man beispielsweise www.google.com anstelle der IP-Adresse 173.194.40.240 eingeben.

Zu unterscheiden ist dabei zwischen der sogenannten Top-Level-Domain oder Domain-Endung rechts vom Punkt in einer Internetadresse und den Second-Level-Domains, die links vom Punkt stehen – zum Beispiel „com“ und „google“ bei google.com.

Mit .berlin wurde am 18. März 2014 erstmals weltweit eine Domain-Endung für eine Stadt bzw. ein Bundesland eingeführt; mittlerweile sind gut 69.000 .berlin-Domains registriert. Als weitere geografische Domain-Endungen sind in Deutschland .hamburg, .koeln/.cologne, .bayern, .nrw, .ruhr und .saarland hinzugekommen. Mit der Ausnahme von .ruhr operieren die privaten Betreiber dieser Domain-Endungen auf der Basis von Kooperationsverträgen mit den jeweiligen Gebietskörperschaften, die infolge vergebähnlicher Verfahren über die Ausstellung eines Unterstützungsschreibens geschlossen wurden.

Globale Gruppe

Daneben bilden Verträge mit der Internetverwaltungsorganisation ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) in den USA die

Grundlage für die Einrichtung und den Betrieb der Domain-Endungen. Damit sind die deutschen Gebietskörperschaften mit eigener Domain-Endung zugleich Teil einer globalen innovativen Gruppe. So hat die Hälfte der Top-20-Städte des Global Cities Index, dem aus Deutschland Berlin angehört, inzwischen ebenfalls ihre eigene Domain-Endung: Neben Berlin sind dies New York (.nyc), London, Paris, Tokyo, Brüssel (.brussels), Sydney, Madrid, Wien und Moskau (.moscow/.MOCKBA).

Registrierte Domains (gerundet) in Klammern das jeweilige Launch-Datum (Stand 2. September 2015, Quelle: ntlidstats.com)

.berlin: 69.000 (18.03.2014); je 1.000 Einwohner: 20
 .bayern: 30.000 (30.09.2014); je 1.000 Einwohner: 2
 .koeln: 24.500 (05.09.2014); je 1.000 Einwohner: 23
 .hamburg: 23.000 (27.08.2014); je 1.000 Einwohner: 13
 .nrw: 9.000 (24.03.2014); je 1.000 Einwohner: 1
 .cologne: 5.500 (05.09.2014); je 1.000 Einwohner: 6
 .ruhr: 5.000 (27.03.2014); je 1.000 Einwohner: 1
 .saarland: 3.000 (30.03.2014); je 1.000 Einwohner: 3
 .nyc: 83.000 (08.10.2014); je 1.000 Einwohner: 10
 .london: 68.000 (09.09.2014); je 1.000 Einwohner: 8
 .tokyo: 35.000 (22.07.2014); je 1.000 Einwohner: 4
 .moscow: 21.000 (01.12.2014); je 1.000 Einwohner: 2
 .paris: 20.000 (02.12.2014); je 1.000 Einwohner: 9
 .wien: 13.500 (15.07.2014); je 1.000 Einwohner: 8
 .amsterdam: 10.000 (01.09.2015); je 1.000 Einwohner: 12
 .brussels: 6.000 (20.01.2015); je 1.000 Einwohner: 5

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 12, gültig ab 1. 10. 2014. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: Betriebshofwerkstatt der Berliner Stadtreinigung (BSR) Foto: Matthias Hennig. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Mit den neuen Domain-Endungen verfolgen die deutschen Gebietskörperschaften bisher zwei unterschiedliche Ansätze: Die einen nutzen die neuen Möglichkeiten der lokalen Onlinekommunikation aktiv, die anderen nehmen zunächst eine defensive und abwartende Haltung ein.

Aktive Nutzung in Köln, NRW, Saarland und Bayern

Besonders aktiv ist die Stadt Köln, die gleich zwei Domain-Endungen, nämlich .koeln und .cologne, nutzen kann. Die Domstadt hat seit Mai 2015 unter www.stadt.koeln alle Infos, Services und Dienstleistungen der Stadt eingestellt und greift auch auf weitere intuitive Web-Adressen wie www.bildung.koeln, www.frauenportal.koeln oder pragmatisch auf www.toiletten.koeln zurück. Zu den aktiven Nutzern zählen auch das Bundesland Nordrhein-Westfalen, der Freistaat Bayern und das Saarland. Bayern ermöglicht auch zunehmend Städten und Kommunen den Zugang zu den neuen Domain-Namen, z. B. www.straubing.bayern

Berlin bisher zurückhaltend

Unter .berlin ist für das Land eine größere Zahl von Domain-Namen registriert, die aber nicht genutzt wird. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus hieß es im Februar 2014, dass Domain-Reservierungen für die Behörden des Landes Berlin in erster Linie dem Schutz vor Missbrauch und Irreführung mit den Domain-Namen durch Dritte dienen.

Ungeachtet dieser zurückhaltenden Linie werden die neuen Domains jedoch auch in Berlin durchaus für verschiedene Onlineprojekte öffentlicher Institutionen genutzt. So firmiert der Friedrichstadt-Palast Berlin seit Anfang 2015 als erste Bühne des Landes

Berlin unter www.palast.berlin. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen hat unter www.frauen-an-die-spitze.berlin eine gemeinsame Kampagne der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und der IHK Berlin zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in Berliner Unternehmen online gestellt. Das Musicboard des Senats von Berlin nutzt die ansprechende Adresse www.pop-kultur.berlin für die Kommunikation des gleichnamigen Festivals, das im August 2015 erstmals im Berghain-Club stattfand, während die Marketing-Gesellschaft visitBerlin aktuell eine internationale Place-Branding-Kampagne mit der Domain www.popin.berlin begleitet. Sehr aktive Nutzer sind die politischen Parteien Berlins, die von www.spd.berlin über www.cdu.berlin bis zu www.linksfraktion.berlin die .berlin-Domain für ihre Onlinekommunikation einsetzen.

Ein anschauliches Beispiel für die verbesserte Auffindbarkeit von Bürgerdiensten ist die griffige Adresse www.strassenbeleuchtung.berlin, die auf die weniger leicht zu merkende Adresse <https://www.vattenfall.de/de/stoerungsmeldung-verkehrsanlagen-berlin.htm> weiterleitet.

dbb berlin aktiver Nutzer

Auch der dbb berlin hat längst die Zeichen der Zeit erkannt und ist im Web unter www.dbb.berlin zu finden.

Nach der erfolgreichen Einführung der neuen geografischen Domain-Endungen haben die Berliner Suchmaschinen-Spezialisten Searchmetrics GmbH bereits im Oktober 2014 feststellen können, dass Webseiten mit den kurzen, beschreibenden und leicht zu merkenden Hauptstadt-Domains in Suchmaschinen bei lokalen Suchen höher rangieren als solche mit anderen Endungen wie .de oder .com. ■